

Die Fragen stellte Alexander Haridi, Politikwissenschaftler, ehem. Leiter des Irak-Referats beim DAAD.

Alexander Haridi

Frau Bundeskanzlerin, der neue irakische Premierminister Haider al-Abadi kommt zu Besuch nach Deutschland. Unter seinem Amtsvorgänger und Parteifreund Nuri al-Maliki haben sich die Bevölkerungsgruppen der Schiiten, Sunniten und Kurden im Irak weiter voneinander entfremdet. Welche Politik erwarten Sie vom neuen irakischen Premier?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ja, es ist leider so, dass sich unter Herrn Maliki die Dinge auseinanderentwickelt haben. Deshalb setzen wir große Hoffnungen auf die Arbeit von Premierminister al-Abadi. Ich freue mich auf den Besuch; wir haben bislang nur einmal telefoniert. Er hat, so wie ich das beobachten konnte, jetzt eine sehr inklusive Regierung zusammengestellt, und ich glaube, dass die sehr schwierige Ausgangslage von dieser Regierung und von ihm persönlich doch auch sehr gut gemeistert wird. Und deshalb werden wir uns sehr intensiv darüber unterhalten, wie alle Bevölkerungsgruppen im Irak besser zusammenarbeiten können und ihre Meinung auch deutlich machen können.

Deutschland hat sich 2003 dem Irakkrieg verweigert. Jetzt sollen militärische Berater der Bundeswehr in den Irak entsandt werden. Wie bewerten Sie aus heutiger Sicht die damalige Position Deutschlands? Und warum ist es heute richtig, sich im Irak militärisch zu engagieren?

Damals habe ich sehr bedauert, dass es keine einheitliche europäische und transatlantische Position zu dem Vorgehen im Irak gegeben hat. Ich glaube, das war insgesamt für die europäische Einigkeit nicht so gut, aber das liegt hinter uns. Jetzt haben wir eine völlig andere Situation. Wir alle haben ja miterlebt, wie die Jesiden verfolgt wurden, wie die Terrororganisation IS in brutalster Art und Weise ganze Gruppen ausrotten wollte. Und hier haben wir gesagt: Es ist auch an uns, hier zu helfen – mit Ausbildung, auch mit Waffenlieferungen. Das war kein einfacher Schritt; wir haben darüber eine breite Debatte im Deutschen Bundestag geführt. Und ich glaube, diese Entscheidung ist dann auch deshalb mit sehr großer Mehrheit getroffen worden, weil das Unrecht so offensichtlich ist, und weil es auch um unsere eigene Sicherheit geht. Denn wir wissen: Ein Teil der IS-Kämpfer kommt aus Ländern Europas und eben auch aus Deutschland. Und deshalb tragen wir hier auch eine ganz besondere Verantwortung.

Die politischen Beziehungen zur Region Kurdistan sind enger geworden. Die Bundesregierung betrachtet die kurdische Regionalregierung als wichtigen Partner. Unter welchen Bedingungen würden Sie die Gründung eines autonomen kurdischen Staates unterstützen?

Wir arbeiten auf einen gemeinsamen Irak hin. Wir machen alle Unterstützungen – auch der kurdischen Regionalregierung – nur in Absprache mit der Zentralregierung in Bagdad. Und es ist eben gerade deshalb so wichtig – und darüber werde ich ja mit dem Premierminister al-Abadi auch sprechen –, dass sich alle Bevölkerungsgruppen auch mit ihren Interessen im Irak aufgehoben fühlen, damit wir eben nicht über neue Staatengründungen sprechen, sondern die Inklusion, den Zusammenhalt des Irak fördern. Darauf sind unsere Bemühungen gerichtet, auch wenn wir jetzt ganz speziell in Erbil zum Beispiel, bei der kurdischen Regionalregierung, bei der Ausbildung helfen. Aber auch dort legen wir Wert darauf, dass sowohl Jesiden als auch Sunniten in diese Ausbildung mit einbezogen werden, sodass es nicht nur um kurdische Kämpfer geht.

Die Gewalt und Brutalität von Islamisten hat bei vielen Menschen die Religion des Islam in Verruf gebracht. Was kann der deutsche Staat, und was können die deutschen Muslime selbst dagegen tun?

Es war ein sehr wichtiges Zeichen, dass die deutschen muslimischen Verbände zu der Mahnwache nach den Terroranschlägen in Paris aufgerufen haben – im Zusammenhang mit den Morden der Journalisten von Charlie Hebdo genauso wie von Morden gegen Juden in dem koscheren Supermarkt. Und wir haben das durch eine breite politische Präsenz bei dieser Mahnwache unterstützt. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass deutlich gemacht wird, dass die Muslime, die ihren Glauben hier in Deutschland ausüben, dass die auch deutlich machen: Der Islam steht – genauso wie jede andere Religion – auf dem Boden des Grundgesetzes und unserer Gesetze in Deutschland. Und wir unsererseits, seitens der Politik, sagen natürlich, dass wir alles verurteilen, was an Anschlägen, auch auf Moscheen zum Beispiel, stattfindet; was Muslime vielleicht auch an Benachteiligungen zu erleiden haben, wie wir das bei Christen und bei Juden und bei allen Menschen tun. Denn der Artikel 1 – „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – gilt für alle, die in Deutschland leben.